

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © Sean Hawkey/DeKK

„Dem Rad in die Speichen fallen“: Als Teil der Proteste der „Extinction Rebellion“ gegen die Untätigkeit der Regierungen angesichts des Klimakollapses, kettete sich Sue Parfitt, 77, eine anglikanische Pfarrerin, bei der Demonstration am Marble Arch in London unter einem Lastwagen an, um den Verkehr zu stoppen. Sie wurde wenig später verhaftet.

Klimakollaps: Kirchenleute gegen Untätigkeit

Bei den Protesten der Extinction Rebellion in London stellen sich Christen in die Tradition des zivilen Ungehorsams zugunsten von Gerechtigkeit. Sie zeigen sich bereit, dafür selbst Opfer zu bringen.

Ziel des entschiedenen Protests gegen die Auslöschung der menschlichen Zivilisation durch den Klimakollaps ist es, Regierungen durch gewaltfreien zivilen Widerstand dazu zu bringen, die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen bis 2025 auf Netto-Null zu reduzieren. Der ökologische Raubbau soll mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingedämmt und – wenn möglich – wieder rückgängig gemacht werden. Extinction Rebellion erklärt dazu: „Wir sind uns darüber im Klaren, dass diese Forderungen erhebliche Veränderungen unserer Lebensstile und -standards sowie des vorherrschenden Systems bedeuten.“

Bei diesem Protest stehen Kirchenleute in vorderster Linie. Martin Newell von Christian Climate Action sagte zum gewaltfreien Widerstand: „Verhaftet zu werden, ins Gefängnis zu gehen, das ist etwas, wozu ich

bereit bin. Es ist nicht etwas, was ich tun will, ich habe andere Dinge, die ich lieber mit meinem Leben machen würde, aber ich bin bereit, es zu tun, um in dieser entscheidenden Frage etwas zu erreichen. Und es gibt viele von uns, die bereit sind, Opfer zu bringen. Für mich versuche ich, Jesus zu folgen. Er zeigte uns die erlösende Kraft der leidenden Liebe, am Kreuz und in seiner Leidenschaft: das ist der Weg des Kreuzes, das ist der Weg, den ich in diesen Situationen gehen soll.“

Helen Burnett, eine anglikanische Pfarrerin aus Caterham (Diözese Southwark), leitete Gebete bei einer interreligiösen Andacht in der St. Paul's Cathedral, zusammen mit Rowan Williams, dem früheren Erzbischof von Canterbury. Sie meinte, es gebe „ein deutliches Empfinden der spirituellen Krise, das tief mit der ökologischen Krise verwoben ist, in der wir uns befinden. Dies ist eine Bewegung, die all das zusammenbringt.“

Entschiedenes und rasches Handeln hat zuvor Papst Franziskus in „Laudato Si“ angemahnt und des öfteren der Oekumenische Rat der Kirchen oder die Evangelische Kirche in Deutschland in ihrem Impulspapier von 2018 „Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben“.

AUS DEM INHALT

**Bürgerbewegung in Hongkong:
'Halleluja to the Lord'**

**Ölkonzerne:
Papst drängt**

**Himalaya:
Gletscherschmelze verdoppelt**

**Für eine Wirtschaft des Lebens:
Sommeruniversität in Jakarta**

**UNO und Religionen:
Beziehungen verändert**

**Israel und Palästina:
OeRK für gerechten Frieden**

**Öffentlich-Private Partnerschaften:
Wer zahlt die Zeche?**

Aus Netzen und Bewegungen

**Berlin:
Vergabe eines 'Fair Trade'-Siegels**

**Rhein-Mosel-Saar:
Bedingungsloses Grundeinkommen
mit Grenzen**

**Oekumenischer Ratschlag:
Für einen grundlegenden
Neubeginn**

**Kairos Europa:
Wirkliche Wende sind wir der Welt
schuldig (geblieben)**

**Oekumenisches Netzwerk
Klimagerechtigkeit:
Solidarität mit Fridays for Future**

**Pax Christi:
Friedenspreis für 'Büchel ist überall
- Atomwaffenfrei jetzt!'**

**Versöhnungsbund:
Internationale Fastenaktion für eine
atomwaffenfreie Welt**

Bürgerbewegung in Hongkong: 'Halleluja to the Lord'

Bürgerinnen und Bürger Hongkongs, gingen zu hunderten auf die Straßen, weil sie sich vom zunehmenden Einfluss Chinas in ihren politischen und religiösen Freiheiten bedroht sehen. Die Proteste begannen, als die Regierung ein Gesetz zu Auslieferungen an China verabschieden wollte. Das Hongkonger Parlament hat das umstrittene Auslieferungsgesetz vorläufig zurückgestellt. Bei den Protesten fällt auf, wie hoch das Maß an Selbstorganisation und zivilisiertem Miteinander der Demonstrierenden ist. Eine beachtliche Reihe von Protagonisten sind Christ(inn)en, die ansonsten nur 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Anfang April formten zahlreiche Aktivisten einen Demonstrationzug, der sich in der aktuellen Situation als spiritueller Kreuzweg, als Via Dolorosa, begriff, den die Bewegung des Zivilen Ungehorsams in der Stadt zu gehen habe. Daran nahm auch Kardinal Zen teil. Religiöse Versammlungen sind in Hongkong von einer Anmeldepflicht bei den Behörden noch befreit. Eine Folge war, dass als ein Kennzeichen der ganzen Demokratiebewegung das - wie es zuvor die Regenschirme waren - nun leicht zu merkende christliche Lied „Halleluja to the Lord“ auch von Nichtchristen mitgesungen wurde.

China: Katholiken kontrovers

Während im Westen hoffnungsvoll über neue Zeichen der Kooperation und des Kontaktes zwischen dem Vatikan und der chinesischen Regierung gesprochen wird, kommen aus dem Land selbst andere Signale.

So zog der Weihbischof von Mindong, Msgr. Guo Xijin, seinen Antrag auf staatliche Anerkennung zurück. Er erklärte, anerkannt zu werden bedeute, die Kirche zu ermorden. Im Hintergrund steht das Bemühen der chinesischen Regierung, jede Form von ausländischem Einfluss zu unterbinden.

Aus verschiedenen Teilen Chinas (Fujan, Henan, Hubei, Zhejiang) wurde jetzt eine staatliche Anweisung bekannt mit einer „Verpflichtungserklärung für die Verantwortlichen der Kultstätten und für die Personen des geweihten Lebens“.

In der vorgegebenen Selbstverpflichtung wird von religiösen Organisationen verlangt, „nicht mit ausländischen Mächten in Kontakt zu treten, Ausländer nicht aufzunehmen, keine Delegation ausländischer Religionsgemeinschaften oder -institutionen zu akzeptieren, keine Interviews, oder Einladungen zu Konferenzen im Ausland anzunehmen, nicht gegen staatliche Vorschriften zu verstoßen, indem nationale und internationale Spenden angenommen werden“ sowie weitere Einschränkungen des religiösen Lebens.

Ölkonzerne: Papst drängt

„Die heutige ökologische Krise, insbesondere der Klimawandel, bedroht die Zukunft der Menschheitsfamilie. Das ist keine Übertreibung. Zu lange haben wir es gemeinsam versäumt, die Früchte der wissenschaftlichen Analyse zu hören“. „Weltuntergangsprognosen können nicht mehr mit Ironie oder Verachtung beantwortet werden“ (Laudato Si', 161). Jede Diskussion über den Klimawandel und den Energiewandel muss daher in „den Ergebnissen der besten heute verfügbaren wissenschaftlichen Forschung wurzeln, die uns tief berühren“ (ebd.15)“. Mit diesen Worten begrüßte Papst Franziskus in Rom die Teilnehmenden einer Konsultation, zu der die vatikanische Abteilung (Dikasterium) zur Förderung der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung im Juni 2019 eingeladen hatte. Die Veranstaltung war Teil einer Kampagne von Franziskus gegen den Klimawandel. Sie wurde organisiert von der katholischen University of Notre Dame aus den USA. Führungskräfte etlicher westlicher Öl- und Gasgesellschaften von BP und ENI nahmen dabei an der Diskussion teil über die Rolle ihres Unternehmens bei der Erzeugung und Verringerung der Umweltverschmutzung.

Im letzten Jahr waren bei einem ersten Gespräch die Firmenchefs von ExxonMobil, ENI und BP sowie Larry Fink, Asset Manager von BlackRock Incan dabei. Sie waren sich einig, dass die Welt den Übergang zu kohlenstoffärmeren Kraftstoffen bei gleichzeitiger Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung bewältigen muss. Seitdem wurden allerdings nur geringe Fortschritte bei einigen der auf diesem Treffen vereinbarten Kernpunkte erzielt, wie z.B. der CO₂-Preisgestaltung.

Das Interesse von Franziskus, der den Klimawandel zu einem Eckpfeiler seines Pontifikates gemacht hat, verstärkt den Druck auf die Unternehmen. Royal Dutch Shell hat im vergangenen Jahr den Forderungen der Investoren nach kurzfristigen Klimazielen entsprochen. BP kündigte an, weitere Informationen über die Angleichung seines Geschäftsmodells an das Pariser Abkommen offenzulegen. ExxonMobil hat eine Maßnahme von Investoren zum Klimawandel blockiert. In seiner Strategieaktualisierung erklärte ENI, dass es 20 Millionen Hektar Wald in Afrika pflanzen wird, um alle Kohlendioxidemissionen aus seinen Öl- und Gasexplorations- und Produktionsanlagen bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts auszugleichen.

„Die Zeit läuft ab!“ so Franziskus, „die Überlegungen müssen über die bloße Erforschung dessen hinausgehen, was getan werden kann, und sich auf das konzentrieren, was getan werden muss. Wir verfügen nicht mehr über den Luxus, darauf warten zu können, dass andere vorankommen oder

kurzfristige wirtschaftliche Vorteile zu priorisieren.“

Franziskus wies zudem auf einen Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses der Vereinten Nationen für Klimaänderungen hin und stellte fest, dass die Welt nur ein Jahrzehnt Zeit hat, um zu gewährleisten, dass die globale Erwärmung nicht höher als 1,5 C über das vorindustrielle Niveau steigt, den Schwellenwert, der in der Pariser Vereinbarung von 2015 festgelegt wurde. „Angesichts einer Klimakrise müssen wir entsprechend handeln, um einen brutalen Akt der Ungerechtigkeit gegenüber den Armen und zukünftigen Generationen zu vermeiden“, sagte er.

Unter den über 70 Teilnehmern des Gipfels in Rom waren auch Chefs von Royal Dutch Shell, Occidental Petroleum Corporation, Repsol, Chevron, ExxonMobil, Equinor und ENI sowie globale Investoren, Klimawissenschaften wie Hans Schellnhuber. Am Ende der Sitzung unterzeichneten sie Erklärungen über die Bedeutung der CO₂-Preisgestaltung für die Reduzierung von Emissionen und die Notwendigkeit von Informationen und Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel.

Himalaya: Gletscherschmelze verdoppelt

Das Abschmelzen der Gletscher des Himalaya hat sich seit der Jahrhundertwende verdoppelt. Mehr als ein Viertel des gesamten Eises ging in den letzten vier Jahrzehnten verloren, haben Wissenschaftler um Joshua Maurer von der Columbia University herausgefunden. Die zunehmenden Verluste deuten auf eine verheerende Zukunft für die Region hin, von der eine Milliarde Menschen für ihre Trinkwasserversorgung abhängig sind.

Die Wissenschaftler kombinierten zugänglich gemachte US-Spionagesatellitenbilder aus der Mitte der 70er Jahre mit modernen Satellitendaten, um die erste detaillierte, über vier Jahrzehnte reichende Aufzeichnung der Eisgrenze entlang der 2.000 km langen Gebirgskette zu erstellen.

Die Analyse zeigt, dass jedes Jahr acht Milliarden Tonnen Eis verloren gehen und nicht durch Schnee ersetzt werden. Die tiefer gelegenen Gletscher schrumpfen jährlich um 5 Meter in der Höhe. Die Studie zeigt, dass nur die durch menschliche Aktivitäten verursachte globale Erwärmung die starke Schmelze erklären kann. In früheren Arbeiten hatten das lokale Wetter und die Auswirkungen der Luftverschmutzung das Bild erschwert.

Eine Übersicht über physikalische Ursachen und Folgen des Klimawandels haben übrigens David Nelles und Christian Serrer mit zahlreichen Grafiken veröffentlicht: „Kleine Gase - Große Wirkung: Der Klimawandel“. (ISBN 3981965000, 128 S., 5 €).

Für eine Wirtschaft des Lebens: Sommeruniversität in Jakarta

Ende August treffen sich im indonesischen Jakarta 20 gegenwärtige und künftige Führungskräfte aus den Kirchen in aller Welt, um an einer ‚Sommeruniversität für eine Wirtschaft des Lebens‘ teilzunehmen (Ecumenical School on Governance, Economics and Management, GEM). Ihr Schwerpunkt liegt auf der ‚Internationalen finanziellen Transformation für eine Wirtschaft des Lebens‘ sowie einem ökumenischen Aktionsplan für eine neue Finanz- und Wirtschaftsarchitektur. Damit soll die ‚Erklärung von Sao Paulo‘ (‚Sao Paulo Statement: International Financial Transformation for an Economy of Life‘ vom 5. Oktober 2012) des OeRK und weiteren Organisationen umgesetzt werden.

Bislang heben die ethischen, moralischen und theologischen Überlegungen der Kirchen nur geringe Auswirkungen auf das Funktionieren der Weltwirtschaft sowie auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um hier eine Lücke zu schließen, zielt diese Sommeruniversität darauf ab, die ökonomische Bildung in den Kirchen zu fördern, indem sie die Teilnehmenden mit den Werkzeugen und der Sprache ausstattet, um sich wirksam für dringende Veränderungen im globalen Finanz- und Wirtschaftsleben einsetzen zu können.

Kampagne für eine neue internationale Wirtschafts- und Finanzarchitektur

Mit einer globalen Kampagne will ein ökumenisches Bündnis Kirchenvertreter zum öffentlichen Eintreten für gerechte Besteuerung und Wiedergutmachung von sozialen und ökologischen Schäden bewegen. Beteiligt sind die Weltbünde der Lutheraner, der Reformierten und katholische Repräsentanten. Die Kampagne internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA) wurde am 11. Juli in New York eröffnet.

Das Trägerbündnis plädiert ausgehend von der Erklärung von Sao Paulo 2012 für eine internationale Finanzarchitektur, die „auf den Prinzipien der Wirtschafts-, Sozial- und Klimagerechtigkeit basiert, mit der Realwirtschaft verknüpft ist, Sozial- und Umweltaufgaben berücksichtigt und der Gier klare Grenzen setzt“.

Die Initiatoren fordern dazu nationale und internationale Steuersysteme, die Arbeit belohnen, die Teilung des Reichtums ermöglichen, Geschlechtergerechtigkeit fördern und spekulative, mitweltschädigende Aktivitäten bestrafen. Ihr Vorschlag zielt auf progressive Steuern, Steuererleichterungen für Arme und für ökologisch orientierte Tätigkeiten, Kapitalertragssteuern, Finanztransaktionssteuern, CO₂-Steuern und die Beseitigung von Steueroasen. Außerdem treten sie ein für die Schaffung einer globalen Steuerbehörde unter einem UNO-Schirm.

Wiedergutmachung für Sklaverei und Klimaschäden

Eine Reihe von Nationen, Bewegungen und Kirchen haben Wiedergutmachungen als wichtiges Instrument zur Beseitigung der Folgen der historischen Ungerechtigkeiten der Sklaverei und der anhaltenden wirtschaftlichen Ungleichheiten gefordert. Die steigenden klimabedingten Kosten, insbesondere bei kleinen Inselstaaten in der Karibik und im Pazifik sowie in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollen nicht von denen getragen werden, die am wenigsten zu den Treibhausgasemissionen beitragen. Die Kirchen sollten daher für den Transfer von Ressourcen aus wohlhabenden Nationen in verarmte Länder sowie den Schuldenerlass als Ersatz für irreversible Verluste und Schäden durch eine Erwärmung des Klimas eintreten.

OeRK-Leitung: Neuer Generalsekretär gesucht

Die Amtszeit von OeRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit endet zu Beginn des Jahres 2020. Im August 2009 wurde er in sein Amt gewählt. Im Juli 2014 erfolgte die Wiederwahl. Ab März 2020 ist ein Nachfolger oder eine/n NachfolgerIn vorgesehen.

Gedenken gegen Rassismus: 400 Jahre Verschleppung afrikanischer Völker

Vor 400 Jahren Jahren, am 20. August 1619, begann die Versklavung von Afrikanern in Nordamerika. Damals kam eine erste Schiffsladung aus Angola im Hafen von Jamestown (Virginia, USA) an. Erste Sklaventransporte gab es allerdings schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts nach Südportugal, insgesamt dürften etwa 11 Millionen Menschen aus Schwarzafrika verschleppt worden sein.

„Die Politik und Praxis der Versklavung von Menschen aus Afrika legten in den Vereinigten Staaten und vielen anderen Ländern das Fundament für die systematische Entrechtung und Entmündigung von Menschen afrikanischer Abstammung für die nächsten 400 Jahre“, heißt es dazu in der Erklärung des OeRK.

Alle Mitgliedskirchen sind eingeladen, sich Möglichkeiten zum Gedenken an dieses historische Ereignis in ihren Kirchen zu überlegen. Der OeRK „gedenkt des spirituellen Widerstandes der afrikanischen Völker in diesen 400 Jahren“, so heißt es weiter, und „bekräftigt die historische Partnerschaft, die die US-Kirchen und die ökumenischen Organisationen in den USA gemeinsam mit dem OeRK dazu nutzen, Rassismus weltweit zu bekämpfen.“

UNO und Religionen: Beziehungen verändert

Das Verhältnis zwischen glaubensbasierten Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Regierungen hat sich in den letzten zehn Jahren merklich verändert, sagte Azza Karam vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen in New York. Heute gebe es deutlich mehr Austausch und Interaktion. Karam ist überzeugt, dass interreligiöse Begegnung „ganz besonders wertgeschätzt und gepflegt werden muss, nicht nur, weil es dabei um Religion geht, sondern weil sie Teil des zivilgesellschaftlichen Engagements ist. Dort beginnt die zentrale und eigentliche Rechenschaftspflicht der Regierungen. Es müsse einen Bereich geben aus dem heraus die Zivilgesellschaft Einfluss nehmen kann. In der Vergangenheit haben Regierungen schwerpunktmäßig mit säkularen, nicht-religiösen Akteuren zusammengearbeitet, erst seit 2007 hat sich dabei eine Trendwende vollzogen, sagte Karam, eine praktizierende Muslima.



Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK erhält Nachfolger(in)

UN-Kinderhilfswerk und OeRK: Kooperation

Als ‚Ersthelfer und Letzhelfer‘ für Kinder auf der Flucht und in der Migration sind Glaubensgemeinschaften wichtige Partner von UNICEF. Diese Kooperation war Thema eines gemeinsamen Webinars unter dem Titel: „Was der ‚Weltpakt für sichere, geordnete und reguläre Migration‘ und der ‚Weltpakt für Flüchtlinge‘ für Kinder bedeuten und was Glaubensgemeinschaften für ihre Umsetzung tun können“. Beide Abkommen waren im Dezember 2018 unter dem Dach der Vereinten Nationen ausgehandelt worden. „Die Migrationspolitik wird nicht einfacher. Im Gegenteil, sie wird immer härter und wird immer mehr politisiert. Die Sprache wird immer schärfer und noch diskriminierender“, erklärte Verena Knaus, eine hochrangige UNICEF-Beraterin, dabei. Gleichzeitig gebe es viele Fälle, in denen Regierungen ‚den Kurs hielten‘, indem sie das, was als ‚grundlegender Anstand‘ angesehen werde, beibehielten und Würde und Solidarität mit Menschen in Bewegung ermöglichen. Weltweit würden jeden Tag, so Knaus, 14.000 Kinder vertrieben werden. Die Zahl der gewaltsam vertrie-

benen Kinder weltweit beträgt 33 Millionen, und 12 Millionen Kinder sind Flüchtlinge oder Asylbewerber.

Römisch-katholische Kirche: Ausnahmen vom Zölibat?

Die Frage, ob die römisch-katholische Kirche erwägen sollte, verheiratete Männer als Priester in abgelegenen Gebieten zu berufen, ist Gegenstand der Beratungen der Pan-Amazonischen Synode vom 6. bis 27. Oktober 2019. Diese Sonderversammlung der Bischöfe hat zum Thema „Amazonien: Neue Wege für die Kirche und für eine ganzheitliche Ökologie“. In den Dschungelgebieten, Sümpfen und Siedlungen des Amazonasbeckens, in dem rund 30 Millionen Menschen leben, darunter Millionen Indigene, herrscht ein drastischer Mangel an katholischen Priestern. Das Gebiet im Herzen Südamerikas umfasst eine Fläche von 7,8 Millionen Quadratkilometern und gehört zu neun verschiedenen Staaten: Brasilien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela, Guyana, Surinam und Französisch-Guyana.

Im Arbeitsdokument zur Synode wird bekräftigt, dass „der Zölibat ein Geschenk für die Kirche ist“. Weiter heißt es, dass für die entlegensten Gebiete der Region die Möglichkeit der Priesterweihe für verheiratete Männer mit Familien geprüft werden soll. Diese Männer sollten vorzugsweise einheimische Älteste sein, die von ihrer Gemeinschaft respektiert und akzeptiert werden (‘Bewährte Männer’, lateinisch: ‚viri probati‘).

Wenn es sich um eine Regionalsynode handelt, könnte eine entsprechende Ent-

scheidung zugunsten von verheirateten Priestern Konsequenzen in anderen Teilen der katholischen Weltkirche haben. Schon heute gibt es in den katholischen Ostkirchen verheiratete (Gemeinde-)Priester; aus Westeuropa sind ähnliche Forderungen zu hören.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdokuments der Synode steht jedoch „der Schrei der Amazonasregion, der die Kirche auffordert, ihr Verbündeter zu sein, indem sie alle, insbesondere die Armen, erreicht, wenn sie in ihrem Leben nach wahrer Erfüllung und Menschenwürde streben“.

Israel und Palästina: OeRK für gerechten Frieden

„So wie wir Antisemitismus kategorisch als Sünde gegen Gott und die Menschheit verurteilen, so lehnen wir Diskriminierung, Marginalisierung, kollektive Bestrafung und Gewalt gegen das palästinensische Volk aufgrund von Ethnizität, Rasse oder Religion auch als Sünde gegen Gott und die Menschheit ab“, lautet die Kernbotschaft einer Erklärung des OeRK im Frühjahr 2019.

„Wir fordern einen Ansatz für die Situation in Israel und Palästina, der sie nicht auf einen Wettbewerb zweier Gegensätze reduziert, bei dem man sich für die eine oder andere Seite entscheiden muss, sondern der die gemeinsame Menschlichkeit anerkennt und bekräftigt und der die gleiche gottgewollte Würde und Rechte aller Menschen in der Region garantiert.“ Nach Ansicht des OeRK bleibt die Vision der Zweistaatenlösung die einzig praktikable Konstellation, die

ein friedliches Zusammenleben unterstütze und fördere. Der OeRK ruft alle Mitgliedskirchen, ökumenischen und interreligiösen Partner und alle Menschen guten Willens auf, die gleiche Menschenwürde und die gleichen Rechte aller Menschen, sowohl Israelis als auch Palästinenser, zu wahren und zu schützen“, heißt es in der Erklärung.

Kontakt zu jüdischem Komitee

Eine Wiederherstellung der formalen Beziehungen und die Stärkung der Kommunikation vereinbarten der Ökumenische Rat der Kirchen (OeRK) und das Internationale Jüdische Komitee für interreligiöse Konsultationen (IJCIC) bei einem Treffen vom 25. bis 27. Juni offiziell in Paris zusammengekommen. Zu den Themen der Zusammenkunft zählten: der Aufstieg fremdenfeindlicher nationalistischer Bewegungen, das Wiederaufleben eines offenen Antisemitismus; Islamophobie und neu entstehende antichristliche Einstellungen, sowie zunehmende Feindseligkeit gegenüber gefährdeten Minderheiten. In den Diskussionen über den israelisch-palästinensischen Konflikt kam auch zur Sprache, dass es Spannungen zwischen den Positionen des OeRK und der IJCIC gegeben hat. Die Diskussionen in Paris waren geprägt von Offenheit, Ehrlichkeit und dem Versuch, sich voll und ganz in die Bedeutung dieser Themen für Juden und Christen einzufühlen.“ Das Treffen endete mit der gegenseitigen Zusage, weiterhin regelmäßig miteinander zu kommunizieren.

Indonesien: Wie weiter mit pluralistischer Staatsphilosophie?

Indonesien ist das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt. Pancasila, die pluralistische Staatsdoktrin mit fünf Prinzipien (All-Eine Göttliche Herrschaft, Humanismus und Internationalismus, Nationale Einheit, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit), auf die seit 1945 Geltung hat, wird allmählich untergraben. So jedenfalls sieht es der amtierende indonesische Verteidigungsminister Ryamizard Ryacudu. Die Vorstellung der Pancasila „beginnt jetzt zu korrodieren“, sagte Ryamizard bei einer Veranstaltung im Hauptquartier der Streitkräfte in Ost-Jakarta. „Dies ist heute noch kein allzu großes Problem, aber in den nächsten 20-30 Jahren könnte es das sein. Wenn wir das zulassen, könnten die Führer von morgen, die jetzt noch Studenten sind, aber dann, wenn sie einmal Präsident, Armeekommandant oder Polizeichef geworden sein werden, ein Kalifat wollen. Es wäre das Ende dieser Nation.“

Eine Studie des Ministeriums hat ergeben, dass wichtige Teile der indonesischen Gesellschaft Pancasila in Frage stellen. Etwa 23,4 Prozent der Universitätsstudenten stimmen der Idee des Dschihad zu, um einen islami-



Photo © Albin Hillert/OeRK

Freundschaftliche Begegnungen finden zwischen ökumenischer Bewegung und jüdischen Gemeinden statt. Hier rezitiert Rabbinerin Tamara Schagas den Kiddush, den Segen über dem Wein, um den Sabbat einzuleiten. Am 15. März 2019 war eine Gruppe des OeRK- Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI) eingeladen, am festlichen Abendessen vor dem Sabbat mit der Gemeinde Kol HaNeshama in Jerusalem teilzunehmen. Kol HaNeshama ist eine reformierte jüdische Gemeinde mit 350 Familien in Jerusalem, die sich aktiv für jüdischen Pluralismus und soziales Handeln in der Region einsetzt.

schen Staat oder ein Kalifat zu gründen. Etwa 23,3 Prozent der Schüler geben an, dass sie letzteres bevorzugen. Die Vorstellung eines Kalifates werde in allen Bereichen unterstützt: Privatsektor, öffentlicher Dienst, staatliche Unternehmen. Die Studie des Verteidigungsministeriums ergab auch, dass 9,1 Prozent der Befragten mit der Ideologie von Pancasila nicht (mehr) einverstanden sind.

Sonderbeauftragter beim OeRK

Der Sonderbeauftragte des indonesischen Präsidenten für interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit, Syafiq A. Mughni, besuchte Anfang Juli Genf und zeigte besonderes Interesse an der Arbeit des OeRK im Bereich des interreligiösen Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit für Gerechtigkeit und Frieden. Viele der 27 OeRK-Mitgliedskirchen mit Sitz in Indonesien führen einen interreligiösen Dialog mit muslimischen Gemeinschaften.

Bangla Desh: Extremismus wächst bei Rohingya-Kindern

Bangladesch erlaubt es Flüchtlingskindern nicht, zusammen mit bangladeschischen Schülern lokale Schulen zu besuchen. Lokale und internationale NGOs betreiben Fördereinrichtungen, in denen sie Birmanisch und Englisch lernen. Aber nach Ansicht der Eltern ist das, was angeboten wird, keine erwünschte Bildung. Nun füllen Madrassas die Lücke. Kinder lernen dort vor allem Arabisch und Koranverse auswendig. Diese Schulen werden von Hefazat-e-Islam Bangladesch betrieben, einer Gruppe mit einer langen Protestgeschichte. „Es gibt 39 militante Gruppen in Rohingya-Flüchtlingslagern“, berichtet der bangladeschische Journalist Shahriyar Kabir. „Das wird jetzt eine große Bedrohung für Bangladesch“.

Waffenhandelsabkommen: USA steigen aus

Mit der Entscheidung von Präsident Donald Trump, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem historischen Waffenhandelsabkommen (ATT) zurückziehen, schließen sich die USA Nordkorea, Iran und Syrien an, die bereits im April 2013 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen den Vertrag gestimmt haben. 23 Länder hatten sich der Stimme enthalten, darunter China, Russland, Indien, Indonesien und Saudi-Arabien. „Wir nehmen unsere Unterschrift zurück“, erklärte Trump auf einem Treffen der ‚National Rifle Association‘ (NRA), der mächtigsten Waffenlobby der USA.

Das Waffenhandelsabkommen ATT, das im April 2013 von den Vereinten Nationen

verabschiedet wurde und im Dezember 2014 in Kraft trat, wurde von Großbritannien, einem NATO-Verbündeten der USA, initiiert. Anfang April hat der Vertrag 101 Vertragsstaaten mit Ratifikationen, am 18. Juni 2019 wurde Kanada der 104. Staat, 34 Länder sind Unterzeichner, aber keine Vertragsstaaten. UNO-Sprecher Stephane Dujarric erklärte gegenüber Reportern, dass der Waffenhandelsvertrag das einzige globale Instrument zur Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht im internationalen Waffenhandel sei. „Es ist ein Meilenstein in den Bemühungen, die Verantwortung für den internationalen Waffentransfer zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig in der heutigen Zeit, in der wir wachsende internationale Spannungen und ein erneutes Interesse an der Erweiterung und Modernisierung der Arsenale erleben“, fügte er hinzu.

Kernwaffen: Neue Pentagon-Doktrin

Das Pentagon glaubt, dass der Einsatz von Atomwaffen „Bedingungen für entscheidende Ergebnisse und die Wiederherstellung der strategischen Stabilität schaffen könnte“, so formuliert eine neue Nukleardoktrin, die im Juni 2019 von den Generalstabschefs der US Armee verabschiedet wurde.

Das Dokument mit dem Titel „Nuclear Operations“ wurde am 11. Juni veröffentlicht und war das erste derartige Papier seit 14 Jahren. Rüstungskontrollexperten sagen, dass es eine Verschiebung im US-Militärdenken in Richtung der Idee des Gewinnkönnens eines möglichen Atomkriegs markiert – was sie für eine sehr gefährliche Denkweise halten. Das Dokument „Nuclear Operations“ wurde nach einer Woche von der Onlinepräsenz des Pentagons entfernt und ist nur noch über eine elektronische Bibliothek mit eingeschränktem Zugriff verfügbar.

Steven Aftergood, der ein Projekt zur Geheimhaltungspolitik der Regierung für die Federation of American Scientists leitet, sagte, das neue Dokument „ist sehr wohl als Kriegsdoktrin konzipiert – nicht nur als Abschreckungsdoktrin, und das ist beunruhigend“.

Lutherischer Weltbund: Vollversammlung 2023

Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen wird Gastgeberin der Dreizehnten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB). Sie wird vom **21. bis 27. Juni 2023** in Krakau stattfinden. Die Anfänge der polnischen lutherischen Kirche sind eng verbunden mit der frühen Phase der Reformation im 16. Jahrhundert. Sie führte zur Gründung protestantischer Schulen und der Veröffentlichung der gesamten Bibel bis 1563. Die Kirche umfasst mehr als 60.000

Mitglieder in sechs Diözesen und mehr als 150 Pfarrer in 133 Ortsgemeinden.

Nachhaltige Entwicklungsziele: Online-Engagement

Kirchen und kirchliche Organisationen engagieren sich weltweit an vorderster Front in der Bildung und Gesundheitsversorgung, im Kampf gegen Armut und Hunger, für die Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter. Oftmals wird diese Arbeit in sehr abgelegenen Regionen geleistet, wo weder Regierungen noch andere Institutionen zugegen sind. Nicht selten sind sie der einzige Rettungsanker für die Menschen und Gemeinwesen, die auch lange nachdem andere internationale Hilfsorganisationen ihre Arbeit beendet haben unter den Aus- und Nachwirkungen von Katastrophen oder Konflikten leiden. Die Welt brauche die Mitwirkung von Kirchen und anderer Organisationen, die aus dem Glauben heraus handeln, zur erfolgreichen Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen dringend, so die Botschaft vom Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf, Michael Møller, an den LWB-Rat am 17. Juni 2019 im Rahmen der offiziellen Vorstellung eines neuen Online-Tools, das den Kirchen helfen soll, ihr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit, in der humanitären Hilfe und für Menschenrechte im Kontext der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu prüfen und zu evaluieren.

Die Initiative ‚Waking the Giant‘ (Wecken wir den Riesen) des Lutherischen Weltbundes (LWB) wurde im Oktober 2018 offiziell gestartet, um die Kirchen mit dieser Agenda der Vereinten Nationen zu verbinden und ihr Engagement durch neue Partnerschaften und gemeinsame Konzeptionierung und Planung weiter zu stärken. ‚Waking the Giant‘ hat bereits Pilotprogramme in Liberia, Tansania, Kolumbien und den USA umgesetzt. Bischöfin Elizabeth Eaton, die Leitende Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) und LWB-Vizepräsidentin, erklärte, dass Armut in ihrem Land, wo „einer von zwölf Menschen nicht weiß, wo er oder sie die nächste Mahlzeit auftreiben soll“, ein großes Problem sei. Sie berichtete, was die ELKA tue, um die globalen Ziele durch Advocacy, Bildung und praktische Selbsthilfeprojekte aus einem spezifisch lutherischen Blickwinkel zu betrachten. Die ELKA zählt neben der Schwedischen Kirche und Brot für die Welt zu den Finanzierungspartnern der Initiative.

In Deutschland hat die EKD Materialien für Andachten und Gottesdienste zu den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 vorgelegt. Der Band „Nachhaltig durch das Kirchenjahr“ (130 S.) ist unter www.ekd.de online gestellt.

Öffentlich-Private Partnerschaften: Wer zahlt die Zeche?

Angesichts der zunehmenden Probleme mit öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP, englisch: Public Private Partnership, PPP) zeigt sich die Entwicklungsorganisation 'Eurodad' alarmiert. Diese Partnerschaften bezeichnen langfristige Verträge, in denen staatliche Garantien dafür vergeben werden, dass der Privatsektor wichtige Infrastruktur baut und häufig betreibt, die traditionell zur staatlichen Daseinsvorsorge gehören. Dazu zählen Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Bahnlinien, Wasser, sanitäre Anlagen und Energieversorgung.

ÖPPs werden mit der Behauptung gefördert, sie seien die Lösung für die unzureichenden finanziellen Mittel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs, engl. für Sustainable Development Goals). In einigen Ländern, darunter Großbritannien, Portugal und Ungarn, wurde bereits seit den späten 1990er Jahren in großem Umfang – vom Bereich der Gesundheitsversorgung über Bildung bis zum Transport – auf ÖPPs gesetzt.

Die Erfahrungen sind jedoch überwiegend negativ. Nur sehr wenige haben dem öffentlichen Interesse gedient. Untersuchungen fördern zutage, dass die ÖPPs die öffentlichen Haushalte bedrohen, denn sie sind teuer und hochriskant. In den meisten Fällen erweisen sich ÖPPs als die teuerste Finanzierungsvariante.

ÖPPs als Verstecke für Staatsschulden

Öffentlich-private Partnerschaften kosten die öffentliche Hand – und damit Bürger und Bürgerinnen – langfristig wesentlich mehr, als wenn diese Projekte direkt durch eine staatliche Kreditaufnahme finanziert worden wären. Regierungen haben trotzdem einen Anreiz ÖPPs zu verwenden, weil sich so öffentliche Schulden in Schattenhaushalten verstecken lassen.

ÖPPs laufen Gefahr, Ungleichheit zu fördern, indem sie denjenigen zugutekommen, die bereits wohlhabend sind – das sind Vermögensbesitzer, die in ÖPP-Projekte investieren und davon profitieren – während sie gleichzeitig Vermögen von den Armen und Schwachen abziehen. Je mehr Regierungen an private Firmen bezahlen, desto weniger können sie für essenzielle und auf Gleichstellung ausgelegte soziale Dienstleistungen wie universelle Sozialsicherungssysteme ausgeben, die für die Verwirklichung der Rechte von Frauen unerlässlich sind. Darüber hinaus führen ÖPP-finanzierte Dienstleistungen häufig zu neuen oder erhöhten Gebühren für die Nutzer, wie zahlreiche Beispiele belegen.

ÖPP-Verträge untergraben oft das Recht und die Verpflichtung des Staates, im öffentlichen Interesse sinnvolle Reformen durchzuführen. ÖPPs können die Fähigkeit der Regierungen einschränken, neue politische Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise höhere Umwelt- oder Sozialstandards, die

sich auf bestimmte Projekte auswirken könnten. Sie bedrohen die nationale Demokratie dadurch, dass sie tendenziell eher undurchsichtige und nicht rechenschaftspflichtige internationale Schiedsgerichte bevorzugen als lokale oder nationale Gerichte, ohne die Nachteile dieser Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren zu berücksichtigen. Werden die Weltbank-Richtlinien für ÖPP-Verträge befolgt, kann der Staat sogar für Kosten durch Streiks von Arbeitnehmern haftbar gemacht werden.

Es gibt auch eine steigende Anzahl von ÖPPs mit schmutziger Energie, die Öl, Gas, Kohle und Müllverbrennungsanlagen umfassen. Sie alle tragen zum Klimawandel bei. Ebenso wird die Umwelt- und Sozialgesetzgebung mehr und mehr geschwächt um ein ‚wettbewerbsfähiges‘ Geschäftsumfeld für ÖPPs zu schaffen.

Risiken der ÖPPs öffentlich anerkennen

Eurodad und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen fordern von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und anderen öffentlichen Entwicklungsbanken, zusammen mit den Regierungen der reichen Länder, einen Stopp der aggressiven Bewerbung und Schaffung von Anreizen für ÖPPs bei der Finanzierung von sozialer und ökonomischer Infrastruktur. Außerdem müssen sie die finanziellen und anderen signifikanten Risiken öffentlich anerkennen, die ÖPPs innewohnen. Unterstützung brauchen die Mitgliedsstaaten beim Finden der besten Finanzierungsmethode für öffentliche Dienstleistungen in der Infrastruktur. Sie müssen verantwortungsvoll, transparent, ökologisch und finanziell nachhaltig sein, sowie im Einklang mit ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen stehen. Der Verwendung einheimischer Finanzmittel ist Priorität einzuräumen und zu gewährleisten. Es braucht hohe Transparenzstandards im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel, die Offenlegung von ÖPP-Verträgen und die Messung sozialer und ökonomischer Wirkungen von Infrastrukturprojekten.

Klimakollaps: Gegenmittel Großaufforstung?

Das Potenzial von Aufforstung zur Abremmung des Klimakollapses hat der Zürcher Ökologe Jean-Francois Bastin untersucht. Mit einem Wissenschaftlerteam an der Eidgenössisch-technischen Hochschule wertete er Satellitendaten aus, die Hinweise geben, wo auf der Erde Platz für neue Bäume wäre, und wie viel Kohlendioxidmenge diese speichern könnten.

"Wir haben Städte und landwirtschaftliche Flächen ausgeschlossen. Denn diese Gebiete braucht der Mensch anderweitig", schreibt Bastin im Fachmagazin "Science".

Die weltweite Aufforstung von Wäldern wäre dann auf einer Fläche von 900 Millionen Hektar möglich und könnte so zwei Drittel der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen aufnehmen.

Die Forscher berechneten, dass unter den aktuellen klimatischen Bedingungen die Erde mit rund 4,4 Milliarden Hektar Wald bedeckt sein könnte. Das sind 1,6 Milliarden mehr als die derzeit vorhandenen 2,8 Milliarden Hektar. Von diesen 1,6 Milliarden Hektar erfüllen 0,9 Milliarden Hektar das Kriterium nicht von Menschen genutzt zu werden. Derzeit stünde also ein Gebiet von der Größe der USA für die Aufforstung zur Verfügung. Seien diese Wälder einmal herangewachsen, könnten sie 205 Milliarden Tonnen Kohlenstoff speichern. Das entspricht rund zwei Dritteln der 300 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, die seit dem Beginn der Industrialisierung zusätzlich in der Atmosphäre zu finden sind. Allerdings würde es je nach Waldtyp mindestens 30 bis 60 Jahre dauern, bis diese Menge erreicht wäre.

Die Studie zeigt, in welchen Regionen neue Wälder am besten gepflanzt werden könnten. Die größten Potenziale entfallen demnach auf nur ein halbes Dutzend Staaten: Russland, USA, Kanada, Australien, Brasilien und China. Derzeit wachsen auf der Erde 3040 Milliarden Bäume. Pro Kopf entfallen auf jeden Menschen rund 400 Exemplare – das haben Forscher 2015 ermittelt. Doch die Zahl der Bäume schrumpft. Jährlich gehen zehn Milliarden davon verloren.

Auch reduziere sich in einem insgesamt heißeren Erdklima die Fläche, die überhaupt für Wald geeignet ist.

Keine einfache Lösung möglich

Die Umweltschutzorganisation Robin Wood warnt in diesem Zusammenhang vor der Illusion, dass es eine einfache Lösung für die Klimaprobleme gebe. Wichtig sei zunächst, dass die massive Rodung alter Wälder gestoppt wird. Die lässt sich bislang nicht ausgleichen.

Alte Wälder speichern mehr CO₂ und Feuchtigkeit, sind artenreicher und resilienter als neu aufgeforstete Wälder, die bis zu hundert Jahre benötigen, um ähnliches zu leisten. Auch mache die Forderung nach Aufforstung nur Sinn wenn man auch die kapitalistische Produktionsweise und den ungezügelter Konsum insgesamt problematisiert. Vorrangig sei darum, den Konsum der Wohlhabenden drastisch zu reduzieren. Es müsse mehr Recycling betrieben und alte Wälder erhalten werden. Auch müsse man ja zur Aufforstung investieren und subventionieren, etwa um die Kleinbauern zu entschädigen, die vermutlich auf den fraglichen Flächen leben.

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Vergabe eines ökumenischen Siegels „Faire Gemeinde“

Seit mehr als 25 Jahren existiert eine Vernetzung von katholischen, evangelischen und freikirchlichen Gemeinden im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin - die Kommunale Oekumene Treptow-Köpenick. Im Rahmen eines Projektes zur ökofairen Beschaffung in Gemeinden konnten Gemeinden unterschiedlicher Konfessionen zur Mitwirkung gewonnen werden. Parallel dazu entwickeln die Evangelischen Kirchen Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz (EKBO), der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin und der Oekumenische Rat Berlin-Brandenburg, in multilateraler ökumenischer Gemeinsamkeit das Siegel „Faire Gemeinde“. Für dieses Siegel können sich Kirchengemeinden aller Konfessionen bewerben, die in den Bereichen fairer Handel, nachhaltiges Wirtschaften, globale Solidarität und soziales Handeln besonderes Engagement zeigen.

Eins entsprechender Kriterienkatalog, dessen Erstellung sich derzeit in der Endphase befindet, gibt den Kirchengemeinden vor, welche Bedingungen diesbezüglich zu erfüllen sind. Selbstverständlich können auch die kreativen Vorstellungen der Gemeinden mit berücksichtigt werden.

Dieses Siegel wird am **4. November 2019**, das ist ein Montag, um 18:00 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst und anschließendem Empfang der Öffentlichkeit vorgestellt und erste Siegel bereits übergeben.

Diese Veranstaltung findet in der Hofkirche Köpenick der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten), Bahnhofstraße 9 in 12555 Berlin statt. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene Treptow-Köpenick.

Kontakt: Dr. Klaus Wazlawik, Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene Treptow - Köpenick, Rudower Straße 23, 12557 Berlin, Telefon: 030 - 46 73 45 94, Mail: oek_trep_koep@gmx.de, Website: www.kommunale-oekumene.de

► Rhein-Mosel-Saar

Bedingungsloses Grundeinkommen mit Grenzen

Bei der Netzversammlung im September soll das neue Papier „Das 'Ganze' verändern II“ diskutiert und verabschiedet werden, das ab August auf Wunsch zugesandt werden kann. Die in dem Netzpapier dargelegte Notwendigkeit der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus geht weiter, die bereits im ersten Grundsatzpapier von 2005 ansatzweise formuliert wurde. Im neuen „Netztele-

gramm“ setzt sich Günther Salz mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) auseinander. Zur Frage, ob das BGE tatsächlich ein Ansatz zur Überwindung oder wenigstens sinnvoll für eine Transformationsphase sein kann, meint er kritisch: „Die realen Eigentumsverhältnisse und vor allem die abhängige Lohnarbeit bleiben unangetastet.“

„Die Grundeinkommensmodelle bleiben in der Regel auf der Verteilungsebene gesamtwirtschaftlicher Prozesse und blenden gewöhnlich die polit-ökonomische Tiefenstrukturen ebenso aus, wie das funktionale Verhältnis von Staat und Markt. Sie machen sich die stillschweigenden Voraussetzungen ihrer Konzepte oft nicht klar. Von einer Problemdarstellung schreitet man mehr oder weniger umstandslos zur Lösung, dem BGE, fort, ohne eine kategoriale Analyse der den Problemen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Widersprüche zu leisten.“

Es gibt eben doch Bedingungen

„Ein allgemeines Grundeinkommen wäre in keiner Ökonomie bedingungslos. Zunächst muss immer ein Mehrprodukt geschaffen werden, wenn man „Nicht-ArbeiterInnen“, und zwar Arme wie Reiche alimentieren will oder muss. Unter kapitalistischen Bedingungen setzt jedes Einkommen gelingende Mehr-Wert-Produktion und Mehrwert-Realisierung auf dem Markt voraus. Mehrwert-Produktion setzt (Lohn) Arbeit voraus, also Ausbeutung und Abhängigkeit. Die „Freiheit“ der GrundeinkommensbezieherInnen erfordert also die Unfreiheit der LohnarbeiterInnen. Der Zwang zur Arbeit wäre nur für die abgeschafft, die von einem (möglichst hohen) Grundeinkommen leben wollen, nicht aber für jene, die es zu finanzieren hätten. Das Attribut „bedingungslos“ trifft allenfalls auf den Wegfall einer Bedarfsprüfung und eine eventuelle Auszahlung durch Finanzämter zu. Grundsätzlich ist es nicht möglich, mitten in der Wüste des Kapitals eine Oase der Freiheit entstehen zu lassen, ebensowenig wie eine wirkliche Entkopplung von Einkommen und Arbeit vorzunehmen.“ Das BGE „weist (...) so wenig über die bestehende Gesellschaft hinaus, wie eine Fata Morgana über die Wüste hinausweist“

Es geht um „die Aufhebung der abstrakten Arbeit, des Werts und der Warenproduktion, des Geldes und des Markts, die Überwindung der Lohnarbeit und mit ihr die Abschaffung des Kapitals, aber auch die Aufhebung des Staats als Organisator des Markts und der Fetischform „Nation“ und nicht zu vergessen die Aufhebung der abgespaltenen und minderwertig konnotierten Reproduktionsseite als stummer Voraussetzung des Kapitalverhältnisses“.

Protest gegen 'Tag der Bundeswehr'

Der Tag der Bundeswehr, der dieses Jahr in Koblenz stattfand, sollte die Bundeswehr als sinnstiftende staatliche Einrichtung und gleichzeitig modernen Arbeitgeber vorstellen. Der Bundeswehr gehen nämlich immer mehr die Leute aus, da sich - trotz günstiger Anstellungskonditionen und Karrieremöglichkeiten - anscheinend herumspricht, dass die Bundeswehr kein ganz normaler Arbeitgeber ist, sondern einer, der mit dem Tod ‚hantiert‘. Vielleicht werden deshalb immer mehr Minderjährige angeworben und das Werben mit modernen Marketingstrategien an Schulen und auf Berufsmessen, im Internet und in Zeitschriften intensiviert: Vor nichts wird Halt gemacht, um Experten für alle möglichen Bereiche und Kanonenfutter für Auslandseinsätze zu finden.

Hiergegen gilt es aufzustehen, so geschehen beim Protest gegen den Tag der Bundeswehr am 15.6. im Rauental, der u.a. von der DFG-VK Rheinland-Pfalz, dem Friedensnetz Saar, pax christi Diözesanverband Trier sowie dem Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar getragen wurde.

Kontakt: Dominik Kloos, Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V., Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/89926284, info@oekumenisches-netz.de, www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Mitarbeit in der Kooperation für den Frieden

In der Kooperation für den Frieden, in der das OeNW Mitglied ist, wurden die Themen für die Strategiekonferenz 2020 formuliert. Ungewöhnlich und erfreulich ist aus unserer ökumenisch-kirchlichen Sicht, dass die für die Konferenz gewählten Themen den 5 "Säulen" des aktuellen Szenarios "Sicherheit neu denken" der Badischen Landeskirche nahezu entsprechen: Klimaverantwortung, Beziehung auf Augenhöhe zum afrikanischen Kontinent, Wiederaufbau eines Verhältnisses mit Russland nach dem Vorbild der Prinzipien der OSZE, Rüstungskonversion und Erlernen von gewaltfreiem Handeln. Das OeNW unterstützt die Verbreitung und Zuspitzung des Szenarios zu einer breiten Kampagne in den Jahren bis 2025. Für die Arbeit des OeNW ist damit auch die Verknüpfung zur nächsten Vollversammlung des OeRK in Karlsruhe 2021 gekennzeichnet.

Neues Konzept für eine "solidarische Stadt"

Als Protest gegen den Landesparteitag der AfD Anfang Juni in Pforzheim hat die örtliche Initiative gegen Rechts, in der für das OeNW Christof Grosse mitarbeitet, ein neues Konzept von Widerständigkeit ausprobiert. Vor der Stadthalle, dem Versammlungsort der AfD, veranstaltete sie am Sa.,

01.06. von 14 - 18 Uhr ein Open Air Plenum, auf dem über eine Welt ohne Rassismus und Nationalismus diskutiert wurde.

Thematisch ging es um das Konzept "Solidarity Cities". Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist - das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer „Solidarity City“. In vielen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt ist der Prozess, „Solidarity City“ zu werden, schon in vollem Gang. Auch die Klimakrise als Auslöser von Flucht gehört in diesen Komplex, weswegen Vertreter*innen von "Fridays for Future" und "Seebrücke" zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen waren. Gemeinsam wurden die Ideen diskutiert und Vorschläge gesammelt, wie eine „Solidarity City Pforzheim“ aussehen könnte. Die Punkte wurden von den ca. 40 Teilnehmer*innen, darunter etliche aus kirchlichen Geflüchteten-Unterstützerkreisen, auf Plakate gebracht und diese vor der Stadthalle aufgehängt, um gegen die inhaltliche Ausrichtung des AfD-Parteitags/-Programms Grenzen deutlich zu machen und für die öffentliche Diskussion in Pforzheim neue Handlungsmöglichkeiten für eine solidarische Stadt aufzuzeigen.

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg, Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr.12, D-74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 07133/2106

► Oekumenisches Netzwerk "Klimagerechtigkeit"

Solidarität mit den Klimaprotesten von „Fridays for Future“

„Churches for Future“ ist eine Initiative von Mitträgern des Oekumenischen Netzwerks „Klimagerechtigkeit“, der sich bereits mehr als 16 Landeskirchen, kirchliche Einrichtungen und Organisationen angeschlossen haben, unter ihnen die Evangelische Kirche in Deutschland. In einem gemeinsamen Schreiben heißt es: „Wir als Kirchen und kirchliche Organisationen zollen den Protestierenden großen Respekt und unterstützen die Anliegen der jungen Generation. Wir bitten daher die Mitglieder unserer Kirchen und kirchlichen Organisationen ihr Engagement für Klimagerechtigkeit sowohl im persönlichen als auch im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben deutlich zu verstärken.“

Ruf der jungen Menschen zur Umkehr

Seit vielen Jahren setzten sich Kirchen bereits für Klimagerechtigkeit ein, „aber wir bekennen, dass auch wir noch zu wenig tun und nicht konsequent genug sind in der Umsetzung unserer eigenen Forderungen“, heißt es selbstkritisch in dem Aufruf. „Wir beziehen daher den Ruf der jungen Menschen zur Umkehr auf uns und nehmen ihn ernst“, so

die Zusage der Unterzeichnenden. Zur Förderung der Anliegen von „Fridays for Future“ regt die Initiative sowohl Fürbitten an als auch den regionalen Kontakt mit den Initiatoren von „Fridays for Future“, um Unterstützung durch Kirchen, kirchliche Organisationen und Initiativen anzubieten.

Kontakt: Geschäftsstelle Oekumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit, Chris Böer, Zentrum für Mission und Oekumene, Agathe-Lasch-Weg 16, 22605 Hamburg, Tel.: 040/88181421, E-Mail: info@oewnkg.de

► Erlassjahr



Schuldenreport 2019

Angesichts der akuten Schuldenkrise im Globalen Süden haben erlassjahr.de und MISEREOR die Bundesregierung aufgefordert, sich für die rasche Schaffung eines effizienten und rechtsstaatlichen Insolvenzverfahrens für verschuldete Staaten einzusetzen. In ihrem neu vorgelegten Schuldenreport 2019 kommen die NGOs zu dem Ergebnis, derzeit seien 122 von 154 untersuchten Ländern kritisch verschuldet.

Wie der von erlassjahr.de und MISEREOR vorgestellte Schuldenreport 2019 zeigt, hat sich die Schuldenkrise im Globalen Süden weiter zugespitzt. Jürgen Kaiser, Politischer Koordinator von erlassjahr.de, erklärte die Gründe: "Hauptauslöser der Schuldenkrise ist der weltweite Trend aus niedrigen Zinsen im Norden und einem hohen Finanzierungsbedarf für Infrastruktur in vielen ärmeren Ländern im Süden. Im Globalen Süden können Gläubigerländer die Zinsen erzielen, die Anleger brauchen, um beispielsweise in Deutschland Riesterrenten auszahlen zu können."

"Die fortschreitende Überschuldung von Staaten bedroht Millionen Menschen in ihrer Existenz, gefährdet die Umsetzung international vereinbarter Entwicklungs- und Klimaziele und schwächt die globale Finanzstabilität", mahnte Klaus Schilder, MISEREOR-Experte für Entwicklungsfinanzierung. "Politische Fragilität, die Abhängigkeit vom Rohstoffexport und die Folgen von Naturkatastrophen verstärken die Überschuldungsgefahr weiter. Nach Tropensturm 'Idai' mit seinen verheerenden Folgen laufen aktuell Mosambik, Simbabwe und Malawi Gefahr, in die Schuldenfalle zu geraten."

Derzeit sind 122 von 154 im Schuldenreport 2019 untersuchte Länder kritisch verschuldet. Das sind fast 80 Prozent. Besonders bedrohlich ist dem Bericht zufolge die Situation in Bhutan, der Mongolei, Gambia, Kap Verde, Jamaika, Bahrain und im Libanon. Wie dramatisch die Situation ist, zeigt auch der im Report analysierte Verschul-

dungstrend: In drei Viertel der Länder hat sich die Situation zwischen 2014 und 2017 verschlechtert. 17 Länder sind aktuell zahlungsunfähig. Staaten wie Mosambik und die Republik Kongo sind durch die Vergabe von unverantwortlichen und bisher geheim gehaltenen Krediten in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Klaus Schilder forderte deshalb mehr Transparenz: "Damit Licht in das undurchsichtige internationale Geflecht unverantwortlicher Kreditvergaben kommt, sollte die Bundesregierung sich für eine Initiative zur Schaffung eines weltweiten, öffentlich zugänglichen Schulden-Registers stark machen, das alle staatlichen Verbindlichkeiten offenlegt. Dies ist wesentlich, um alle Gläubiger, darunter Banken, Unternehmen und öffentliche Gläubiger, die unverantwortliche Kredite vergeben, zur Rechenschaft zu ziehen und damit die Voraussetzung für ein nachhaltiges Schuldenmanagement schaffen zu können."

"Statt ausschließlich über die Prävention von Krisen zu diskutieren, sollte die Bundesregierung auch Maßnahmen zur Krisenbewältigung schaffen, die die globale Finanzstabilität stärken", ergänzte Jürgen Kaiser. Dazu gehöre auch, sich für die Schaffung eines rechtsstaatlichen und effizienten Staatensolvenzverfahrens einzusetzen sowie die sogenannte Schuldenumwandlungsfähigkeit in Deutschland konsequent zu nutzen. Denn sie ermögliche es, Forderungen aus Deutschland an kritisch verschuldete Länder in Investitionen für nachhaltige Entwicklung umzuwandeln.

Kontakt: Erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldigung e. V., Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Tel.: 0211/4693-196, E-Mail: buero@erlassjahr.de

► Weltgebetstag der Frauen



Simbabwes Schulden in Gesundheit umwandeln

Im Jahr 2020 kommt der Weltgebetstag aus Simbabwe. Im Mittelpunkt steht die „Heilung des Gelähmten“ (Johannes 5, 1 - 9). Das Thema lautet „Steh auf und geh!“.

Simbabwe gehört zu den Ländern mit den höchsten Schulden - weltweit. Die deutsche Bundesregierung hat jedoch ein Programm, mit dem ein Teil der Schulden erlassen werden kann, sofern das Land das Geld stattdessen in Gesundheitsprogramme für die bedürftige Bevölkerung steckt.

Mit einer Unterschriftenaktion setzt sich der Weltgebetstag dafür ein, dass die deutsche Bundesregierung diese Schuldenumwandlung mit Simbabwe aushandelt. Start

der Aktion war auf dem Kirchentag. Am **6. März 2020** wird der Weltgebetstag der Frauen aus Simbabwe gefeiert: Die Unterschriftenaktion dauert bis **30. April 2020**. Auf dem Kirchentag in Dortmund kamen bereits rund 400 Unterschriften zusammen.

Der Weltgebetstag verbindet Frauen in über 120 Ländern und allen Regionen der Welt miteinander.

Kontakt: Weltgebetstag - Deutsches Komitee e.V., Deutenbacher Str. 1, 90547 Stein, Tel.: 0911/6806 - 301, E-Mail: weltgebetstag@weltgebetstag.de, www.weltgebetstag.de

► Oekumenischer Ratschlag



Für einen grundlegenden Neubeginn

Während des Kirchentags in Dortmund trafen sich VertreterInnen von Netzwerken und Initiativen zu einem Oekumenischen Ratschlag. Neben Einführungsreferaten von Prof. Dr. Dietrich Werner, Brot für die Welt, über "Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen" sowie von Pfr. Dr. Daniel Beros aus Argentinien zu konkreten seelsorgerlichen Herausforderungen im globalen Süden etwa beim gesundheitsschädlichen Anbau von Genmais, fanden eine Reihe Workshops statt. Außerdem nahmen Ratschlagsbesucher an der Menschenkette für den Frieden teil.

In einer Presseerklärung zu den gemeinsamen Überzeugungen bekennt sich der Ratschlag zu den Zielen des gemeinsamen ökumenischen Weges zu „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Diese Ziele bilden eine untrennbare Einheit und sind ein Kennzeichen der christlichen Gemeinsamkeit. In der DDR hat dieser Prozess 1989 wesentlich zur friedlichen Revolution beigetragen. Papst Franziskus hat in „Laudato Si“ für die römisch-katholische Kirche die gleichen Schlussfolgerungen gezogen.

Die Teilnehmenden am Ratschlag setzen sich ein für ein gutes Leben für alle Menschen im Rahmen der planetarischen Grenzen. Dies bedeutet Abkehr von dem auf materiellen Wachstum und Geldvermehrung aufbauenden Lebensstil der Gesellschaften im globalen Norden und der reichen Oberschichten des Südens.

Alle Menschen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Die Liebe zur Schöpfung verwandelt die anthropozentrische Weltansicht in eine biozentrische.

Die Verantwortlichen in Kirche und Politik haben in den vergangenen Jahren zu

wenig unternommen, um den Zielen des Konziliaren Prozesses näher zu kommen. Die ökologischen, ökonomischen und friedensgefährdenden Krisen verschärfen sich und bedrohen alles Leben auf der Erde. Der Oekumenische Ratschlag erinnert die Kirchen an ihre Verpflichtung, sich aktiv und engagiert für eine grundlegende Umkehr im Denken und Handeln einzusetzen, sowohl auf der Ebene der Gemeinden als auch der Leitungen.

Der Ratschlag unterstützt die 17 Ziele der UN-Agenda 2030, weil sie eine grundlegende Transformation der Gesellschaft fördern. Da die Agenda 2030 jedoch keine Abkehr von der systembedingten Wachstumsideologie vorsieht, steht sie sich bei der Umsetzung ihrer Ziele selbst im Weg. Die ökumenische Bewegung muss die Defizite der Agenda 2030 mittels konkreter Vorschläge aus dem Geist des konziliaren Prozesses konstruktiv bearbeiten und fehlende Aspekte ergänzen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind ohne grundsätzliche Änderung der Wirtschafts- und Lebensweise nicht realisierbar.

Der Ratschlag unterstützt alle Bewegungen und gesellschaftlichen Initiativen, die mit den Werten und Zielen des konziliaren Prozesses vereinbar sind. In diesem Sinne solidarisiert er sich mit der „Fridays for Future“ Bewegung und der „Extinction Rebellion“.

Der Ratschlag schlägt den Kirchen vor, die „Schöpfungszeit“ im September oder die Friedensdekade im November zu Lernprozessen im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu erweitern. Dabei kann ein „Umkehrtag“ bündeln.

Der Ratschlag lädt ökumenische Initiativen ein, sich gemeinsam auf den Oekumenischen Kirchentag in Frankfurt und die Vollversammlung des Oekumenischen Rates in Karlsruhe 2021 vorzubereiten.

Kontakt: Kommunale Oekumene Treptow-Köpenick, Rudower Str. 23, 12557 Berlin; E-Mail: oek_trep_koep@gmx.de, www.oekumenischer-ratschlag.de

► Brot für die Welt

Kairos für die Schöpfung - Hoffnung für die Erde bezeugen

Welche Rolle spielen die Kirchen bei der ökologischen Krise? Was kann das ökumenische Gespräch vom Dialog mit moderner Wissenschaft lernen? Wie können Kirchen den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit in den UN und auf der politischen Ebene kritisch begleiten und für sich als Herausforderung nutzen? Diesen Fragen war eine internationale Konferenz gewidmet, die unter dem Titel „Öko-Theologie und Ethik der Nachhaltigkeit“ vom 16. bis 19. Juni 2019 in Wuppertal stattfand. Über 50 Theologen und Theologinnen und Fachleute aus 22 Ländern, fast allen Kontinenten und verschiedenen Konfessionen und Religionen kamen zusammen, um ihre Ansätze zu prä-

sentieren und Erfahrungen auszutauschen. Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit beschäftigen die Kirchen seit vielen Jahren. Bereits 1983 hatte die Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Vancouver (Kanada) dazu aufgerufen, gemeinsam für den Frieden und gegen die Gefährdung des Überlebens einzustehen („konziliarer Prozess“). Regierungen sind heute mehr denn je auf den kritischen, ethisch orientierenden Beitrag der Kirchen angewiesen, um größere Handlungsspielräume für erforderliche politische Transformationsprozesse zu mehr Nachhaltigkeit in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu bekommen, so Prof. Uwe Schneidewind. Die Kirchen selbst wiederum brauchen einen Prozess kritischer ökologischer Reformation, um glaubwürdiger in den politischen Prozessen als Akteure für ökologische Nachhaltigkeit auftreten zu können, so die komplementäre Gegenthese von Prof. Ernst Conradie, Südafrika.

Die internationale Konferenz in Wuppertal formulierte einen „Wuppertaler Aufruf“, die kommende Vollversammlung des OeRK möge eine ökumenische Dekade zum Thema „Transformation towards Ecological Sustainability - Kairos for Creation“ bis 2030 ausrufen, um Kirchen, Regierungen und Bevölkerungen dazu zu befähigen, die dringend notwendige Wende zu einem Lebens- und Wirtschaftsmodell einzuleiten, welches die sozialen Bedürfnisse aller Menschen, der gegenwärtigen wie der künftigen, befriedigt und gleichzeitig die ökologischen Grenzen nicht überschreitet. Die Kirchen müssen dazu - so der Wuppertaler Aufruf - ihren eigenen Beitrag leisten, in dem sie dem Thema Ökologie und Nachhaltigkeit in ihrer spirituellen Praxis, ihrer theologischen Ausbildung und ihrer ethischen Praxis weit mehr Priorität zukommen lassen müssen als bisher.

Die Konferenz wurde gemeinsam veranstaltet vom OeRK, der EKD, dem Evangelischen Missionswerk, der Vereinten Evangelischen Mission und Brot für die Welt.

Kontakt: Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Str.1, 10115 Berlin, Tel.: 030/65211-0

► Kairos Europa



Eine wirkliche Wende sind wir der Welt schuldig (geblieben)

Vom **20.-22. September 2019** hält Kairos Europa seine Jahresversammlung ab im Oekumenischen Bildungszentrum Mannheim zum Thema „Eine wirkliche Wende sind wir der Welt schuldig (geblieben)“. 1989 - 2019: Blicke zurück und nach vorn“. Sie beginnt am Freitag mit einer Abendver-

anstellung mit dem „Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar“.

Am Samstag wird das Thema „Umkehr, die heute ansteht“ verhandelt, am Sonntag nach der Agape-Feier die Frage nach der Wiedererlangung einer politischen Handlungsfähigkeit, um die not-wendige Transformation zu gestalten. Die Vorträge sind jeweils auf etwa 30 Minuten begrenzt.

An der Tagung wirken mit: Franz Segbers, Jiri Silny (Prag), Heike Knops, Christine Thiel, Giselher Hickel, Werner Rätz (attac), Christine Müller, Martin Robra (OeRK), Boniface Mabanza (KASA), Peter Schönhöfer, Claudia Hildebrandt (RLS) Friederike Habermann und Martin Gück.

Kontakt: Kairos Europa e.V., im WeltHaus, Martin Gueck, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221-4333622, E-Mail: info@kairoseuropa.de

► Asyl in der Kirche



Vermeidung humanitärer Härten

Der Vorstand der Oekumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche verlangt in einem Offenen Brief an die Innenminister der Länder die Bereitschaft zur Vermeidung besonderer humanitärer Härten. Er bittet dringend, dazu beizutragen, dass das gemeinsame Suchen nach humanitären Lösungen in besonderen Härtefällen wieder sichtbar wird. In dem Schreiben heißt es: „Die Schutzgewährung durch Kirchenasyl bezieht sich immer auf die konkrete Situation einzelner Menschen. Die Kirchengemeinden lassen sich gut beraten und prüfen den Einzelfall gründlich. Dabei übersteigt die Zahl der Anfragen die Zahl der gewährten Kirchenasyle nach wie vor um ein Vielfaches. Auch wenn nicht alle Anfragen zu einem Kirchenasyl führen, sehen wir an diesen Bitten doch, dass die strukturellen Schwachstellen der europäischen Asylpolitik weiterhin massiv zu Lasten der Schutzsuchenden gehen.“

Positive Voten aus dem BAMF gibt es so gut wie gar nicht mehr. 2015/16 lag die Quote der inhaltlich vom BAMF ausgesprochenen Selbsteintritte bei 80%. Nach dem Zuständigkeitswechsel im BAMF im Mai 2016 bis zum 1. August 2018 war sie bereits auf gut 20% gesunken. Mittlerweile ist sie nahe Null. Dies liegt unserer Beobachtung nach an einseitig veränderten Kriterien des BAMF nicht an den geschilderten Härten: Selbst hoch suizidale Menschen, Opfer von Menschenhandel oder demente Senioren mit nahen Angehörigen in Deutschland werden nicht mehr als besondere Härtefälle anerkannt. Die Begründungen sorgen bei Gemeinden, den Kirchen, Fachärzten für Unverständnis.“

Die Oekumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche weiß zurzeit von 430 aktiven Kirchenasylanten mit mindestens 686 Personen (06.06.2019).

Kontakt: Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. Pastorin Dietlind Jochims, Kirche Zum Heiligen Kreuz, Zossener Str. 65, 10961 Berlin, Tel.: 030-25 89 88 91, E-Mail: info@kirchenasyl.de

► Evangelischer Kirchentag

Ein Kirchenschiff ins Mittelmeer

Auf dem Kirchentag in Dortmund war das Sterben auf dem Mittelmeer ein zentrales Thema.

Um den öffentlichen Druck weiter zu erhöhen, wurde eine Resolution beschlossen, die der Europa-Abgeordnete Sven Giegold entworfen hatte: Die Evangelische Kirche soll selbst ein Rettungsschiff ins Mittelmeer schicken. Es genügt nicht mehr, die Arbeit der NGOs bei der Seenotrettung finanziell zu unterstützen. Die EKD und ihre Gliedkirchen müssen selbst aktiv werden und im Mittelmeer Flagge zeigen. Ein Kirchenschiff wäre ungleich schwerer in Italien, Malta oder Spanien festzusetzen. Die Bundesregierung könnte die Aufnahme von Geretteten wohl kaum wochenlang verzögern.

Menschenkette für den Frieden

An einer Menschenkette für den Frieden beteiligten sich ca. 2500 Kirchentagsbesucher, darunter auch der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms, der Ratsvorsitzende der EKD Heinrich Bedford-Strohm und der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh.

Kontakt: Deutscher Evangelischer Kirchentag Magdeburger Straße 59, 36037 Fulda. Tel.: 0661 96950-0, E-Mail: fulda@kirchentag.de, www.kirchentag.de

► Evangelische Friedensarbeit



Aktionstag in Büchel: „Zum Frieden aufrufen ist Aufgabe der Kirchen“

Rund 1000 Christinnen und Christen haben am Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in der Eifel deutlich vernehmbar ihre Stimme erhoben für den Frieden und für eine atomwaffenfreie Welt. Genau zwei Jahre nach der Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags feierten sie vor dem Toren des Luftwaffenstützpunktes, wo die letzten Atomwaffen in Deutschland lagern, einen Gottesdienst, unterstrichen aber auch die Forderung nach einer baldigen nuklearen Abrüstung.

„Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen kann niemand mehr Krieg als ein Werkzeug Gottes sehen“, betonte Margot Käßmann in ihrer mit viel Beifall aufgenommenen Predigt. Angesichts einer beginnenden nuklearen Aufrüstung und der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen sei es an der Zeit, sich für die Überwindung von Hass und Krieg, aber auch für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen, machte die frühere EKD-Ratsvorsitzende in Büchel deutlich.

„Wenn wir heute hier gegen diese Waffen demonstrieren, ist das keine Demonstration gegen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen. Es ist eine Demonstration gegen die Politik, die ihnen zumutet, mit dieser immensen Gefahr zu leben und sie nötigen könnte, diese Waffen einzusetzen“, betonte Margot Käßmann. Sie hob in in ihrer Predigt hervor, dass zivile Mittel immer Vorrang vor militärischen haben müssten. „Wer aber sieht, wie pazifistische Positionen in Frage gestellt sind, ja lächerlich gemacht werden, wie militärische Einsätze mit humanitären Zielen begründet werden, dass Deutschland zu einer Rüstungsexportation aufgestiegen ist, die auch in Krisengebiete liefert, dem wird bewusst: Es gilt, wach und wachsam und widerständig zu bleiben“, mahnte die frühere Bischöfin. Dazu sollten Kriegsgegner international zusammenarbeiten und zivile Methoden der Konfliktbearbeitung müssten mehr Gehör erhalten.

„Warum nur wird das Heil weiter im Militär gesucht, wenn wir doch alle, alle wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Frieden bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht“, fragte Margot Käßmann in Büchel. Dabei motiviere der christliche Glauben, sich für den Frieden zu engagieren. Und sie betonte: „Am Ende sind es die Gewaltlosen, an die mit Würde erinnert wird, nicht die Kriegstreiber.“

Kooperation mit Pax Christi und Landeskirchen

Unterstützung in seiner Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt erhielt der kirchliche Aktionstag in Büchel, zu dem Christinnen und Christen aus mehreren evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Friedensorganisation Pax Christi aufgerufen hatten, vom EKD-Ratsvorsitzenden und bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. „Ich bin dankbar dafür, dass Sie mit Ihrer Demonstration in Büchel auf etwas hinweisen, was viel zu wenig in der deutschen Öffentlichkeit bekannt ist“, heißt es in einem in Büchel verlesenen Grußwort. Auch in Deutschland würden nach wie vor Atomwaffen lagern und nun mit hohem Milliardenaufwand modernisiert. „Angesichts ihrer ungeheuren Zerstörungsgewalt ist das absurd“, unterstrich der EKD-Ratsvorsitzende. Er unterstütze daher ausdrücklich die UN-Initiative zur weltweiten Ächtung der Atomwaffen. Das Chemie-

waffenverbot habe gezeigt, dass von einer solchen völkerrechtlichen Ächtung ein Delegationseffekt ausgehe, der den Druck zum Abbau dieser schrecklichen Waffen erhöht, betonte Landesbischof Bedford-Strohm.



Photo © Dieter Junker

Margot Käßmann mit anderen Teilnehmenden beim Kirchlichen Aktionstag 2019 am Fliegerhorst Büchel

Zu den Protesten mit Reden, Kulturprogramm und Gottesdienst hatte ein christliches Aktionsbündnis aus mehreren evangelischen Landeskirchen und der katholischen Friedensorganisation Pax Christi aufgerufen. Vorab hatten die internationale Kampagne für das Verbot von Atomwaffen (ICAN) und die Organisation "Ärzte gegen Atomwaffen" (IPPNW) ein dreitägiges Festival mit Konzerten, Workshops und Protesten organisiert.

Kontakt: Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, Endenicher Straße 41, 53115 Bonn, Tel: 0228/249 99 - 0

► Pax Christi



Aachener Friedenspreis 2019 für Kampagne Büchel ist überall! Atomwaffenfrei – jetzt!

„Die Ehrung der Kampagne ‘Büchel ist überall! Atomwaffenfrei - jetzt’ durch den Aachener Friedenspreis bestätigt unser jahrelanges Engagement für den Abzug der in Büchel lagernden amerikanischen Atomwaffen. Mit allen Mitstreiter*innen im Kampagnenrat bin ich dafür sehr dankbar!“ freut sich Horst-Peter Raughtut, der Geistliche Beirat der katholischen Friedensbewegung Pax Christi.

Am 7. Juli 2019 wurden zwanzig aufblasbare Atombombenattrappen in Originalgröße (3,5 m) vor dem Atomwaffen-Stützpunkt in Büchel zur Schau gestellt. Sie symbolisieren den doppelten Skandal: 1. In Deutschland

lagern Atomwaffen und 2. diese werden modernisiert, um einsatzfähiger zu werden. Das ist nukleare Aufrüstung! Dagegen protestieren wir.

In Büchel lagern US-amerikanische Atombomben, die im Kriegsfall von deutschen Flugzeugen zu ihren Zielen geflogen werden. Nun sollen sowohl die Bomben, als auch die Bomber modernisiert werden. Dies und die Aufkündigung des INF-Vertrages machen ihren Einsatz wahrscheinlicher. Es droht ein millionenfacher Tod wie in Hiroshima und Nagasaki. Die modernisierte B61-12 ist im Gegensatz zu den bisherigen Atomwaffen in Büchel eine Lenkwaffe mit verstellbarer Sprengkraft, wodurch die Hemmschwelle für ihren Einsatz sinkt.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus beschlossen, für mehrere Milliarden Euro neue Kampfflugzeuge zu kaufen, damit Bundeswehr-Soldaten auch weiterhin Atomwaffen für die NATO abwerfen können. Sie kann dies nur gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland schaffen, weil es bisher kaum Öffentlichkeit für diesen Skandal gibt.

Unterstützung für Palermo-Appell

Pax Christi unterstützt die gemeinsame Erklärung von Heinrich Bedford-Strohm, dem Ratsvorsitzenden der EKD, und Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando.

Der Palermo-Appell fordert einen europäischen Verteilungsmechanismus für Bootsflüchtlinge und ein Ende der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung.

„Die EU hat die tödlichste Außengrenze der Welt“, so pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl. „Die derzeitige EU Migrationspolitik lässt nichts von Verantwortung für das Schicksal der Menschen an den EU-Außengrenzen erkennen. Stattdessen forciert die EU die Schutzverweigerung und nimmt das Sterben schutzsuchender Menschen in Kauf. Die Kriminalisierung der Menschen, die sich in der zivilen Seenotrettung engagieren und das Fehlen einer funktionierenden staatlichen Seenotrettung, sind ein Skandal.“

Pax Christi schließt sich der Forderung des Palermo-Appells an, die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung endlich zu beenden und unterstützt die Forderung nach einer europäischen Seenotrettung, die diesen Namen auch verdient.

Um der Humanität willen, müssen die Bundesregierung und die EU ihre Position ändern und die Schutzbedürftigkeit von schutzsuchenden Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen“, fordert Wahl.

Kontakt: Pax Christi - Internationale katholische Friedensbewegung, Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel.: 030/2007678-0, E-Mail sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

► Versöhnungsbund



Fasten für eine atomwaffenfreie Welt

Die Vereinigten Staaten von Amerika lagern ihre Atomwaffen immer noch in Deutschland.

Die 10. Internationale öffentliche Fastenaktion mit Pfarrer Dr. Matthias Engelke für den Abzug dieser Waffen aus Deutschland und eine atomwaffenfreie Welt beginnt am **Samstag, den 27. Juli** um 20.15 Uhr am Mont St. Michel und dauert an **bis zum 9. August 2019** um 11.02 Uhr.



Photo © Antoine Lamelle / CC BY-SA 4.0

Der Mont St. Michel in der Normandie ist der Ausgangspunkt der öffentlichen Fastenaktion

Die weiteren Stationen der öffentlichen Fastenaktion sind ein Gottesdienst in Zornheim bei Mainz am Sonntag, den 4. August um 10.45 Uhr, vom 5. bis 7. August jeweils Gedenkfeiern am Fastenzelt auf dem Domplatz zu Mainz um 08.15 h und am Abend, am 8. und 9. August Gedenkfeiern in Büchel am Haupttor zur Atomwaffenlager.

Das Fasten lehnt sich an die Art an wie Gandhi gefastet hat, zusätzlich mit neueren medizinischen Ratschlägen.

Gewaltfreier Umgang mit der Erde

Seine kommende Jahresversammlung bereitet der Versöhnungsbund unter dem Arbeitstitel “Klimagerechtigkeit jetzt - gewaltfreier Umgang mit der Erde” vor. Sie soll vom **21. bis 25. Mai 2020** (Himmelfahrtswoche) in Bad Arendsee in Sachse-Anhalt stattfinden.

Kontakt: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: 0571/850875, E-Mail: vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

Kontakt wegen Fastenaktion: Pfr. Dr. Matthias Engelke, mwEngelke@outlook.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München
www.oekumenisches-netz-bayern.de

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im 'forum Kirche'
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32/6715-0
Fax: 0 62 32/6715-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln,
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarische-kirche.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

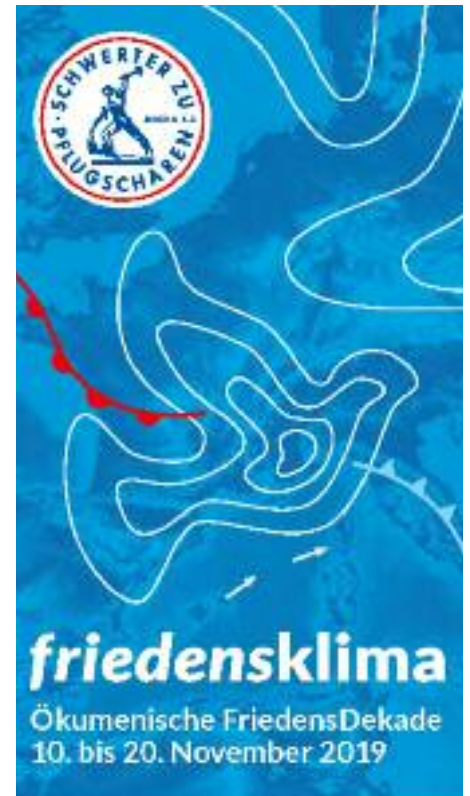
Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
koek_trep_koep@gmx.de



Das Motto „friedensklima“ greift folgende Themen auf:

- Folgen des Klimawandels und Gefährdung des Friedens
- Mangel an Mitmenschlichkeit und Empathie durch Individualisierung und Polarisierung



Ökumenische
Friedensdekade e.V.
Beller Weg 6
56290 Buch / Hunsrück
material@friedensdekade.de

www.friedensdekade.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Entwurf Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08